

HERDER-KORRESPONDENZ

Zweites Heft — 18. Jahrgang — November 1963

Wir sind alle ein bißchen taub, wir sind alle ein bißchen stumm. Möge der Herr uns auf tun. Möge er uns öffnen, damit wir die Stimme der Geschichte hören, die Stimme der Geister, damit wir seine Stimme hören, das Echo des Evangeliums, das immer unser Gesetz und unsere Stärke bleiben muß: das Wort Gottes.

Papst Paul VI.

Der Frieden unter den Völkern werde durch gegenseitige Achtung, durch Vertrauen und Liebe nach Kräften gefördert. Allgemeine Gebetsmeinung für Dezember 1963

Pacem in terris als Vermächtnis hinterlassen. Die Gebetsmeinung für den Adventsmonat faßt in einem Satz zusammen, was die Enzyklika sagen will. Das Datum ihrer Unterzeichnung zeigt, welcher Friede hinter dem Gebetswunsch für den politischen Frieden der Völker aufleuchtet: der Friede, den Jesus Christus im Abendmahlssaal vor seinem Kreuzesopfer den Seinen hinterlassen wollte, „nicht wie ihn die Welt gibt“ (Joh. 14, 27). Er ist auch nicht von dieser Welt, in der die Apostel aushalten sollen, um für die kommende Gottesherrschaft Zeugnis abzulegen. Es ist der Friede in der Einheit mit Gott, dem Vater und Schöpfer der Welt. Dieser übernatürliche Friede, den Johannes XXIII. gnadenhaft ausstrahlen und auch Fernstehenden mitteilen konnte, sogar mit Anzeichen wahrer Entspannung inmitten des wirren Redens darüber, veranlaßte ihn, sein Rundschreiben erstmalig auch „an die Christgläubigen des ganzen Erdkreises sowie an alle Menschen guten Willens“ zu richten, um alle in ihre eigene Verantwortung zu rufen.

Mit Rücksicht auf den weitgesteckten Personenkreis bewegt sich die Enzyklika in der — theoretisch — allen verständlichen Sprache natürlicher Sittlichkeit, obwohl die Ideologie des atheistischen Materialismus diese Sittlichkeit im Prinzip nicht teilt, in der Praxis aber ihr doch oft folgen muß (Nr. 158/159). Nur die pastoralen Ermahnungen im Schlußteil argumentieren aus dem christlichen Glauben. Das sei zum Verständnis der Gebetsmeinung bedacht. Ihre Formulierung ist sachlich und realistisch. Es heißt nicht in Verkennung der politischen Wirklichkeit, der Frieden unter den Völkern werde durch die sittlichen Kräfte gegenseitiger Achtung, durch Vertrauen und Liebe hergestellt und gesichert, sondern er werde nach Kräften gefördert. Das Wort Liebe an letzter Stelle ist wie das Salz, das die Christen dem politischen

Ringen beimischen sollen, damit der Druck der Macht, der Gesetze und Interessen und das Schicksalhafte der ererbten politischen Situation erträglicher werden, ja um das Schuldhafte an ihr besser tragen zu können und es möglichst mit Christus, dem Lamm Gottes, wegzutragen durch Vergebung.

2. Johannes XXIII. hatte lange genug in der politischen Welt gelebt und an zwei verheerenden Kriegen die Folgen politischer Ideologien beobachtet, die einer natürlichen Sittlichkeit auf der Grundlage der Menschenwürde widersprachen. Wenn er trotzdem die Grundgedanken des Naturrechts einprägt, so ist auch das ein hohepriesterlicher Dienst. Er erinnert die Verantwortlichen der Völker an die sittliche Ordnung, die Gott dem Menschen eingeschaffen hat. Ohne die sozialen Lehren seiner Vorgänger zu verlassen, hat er sich um eine einfachere Sprache bemüht, um besser verstanden zu werden (wie Arthur Fridolin Utz OP zu der autorisierten Übersetzung der Enzyklika dargelegt hat; vgl. Herder-Bücherei, Bd. 157, S. 72 f.). Schon der erste Satz umschreibt klar das Thema: „Der Friede auf Erden, nach dem alle Menschen zu allen Zeiten sehnlichst verlangten, kann nur dann begründet und gesichert werden, wenn die von Gott gesetzte Ordnung gewissenhaft beobachtet wird.“ Der zweite Satz rechtfertigt den realistischen Optimismus, besser den Glauben des Papstes an den Sinn dieses Appells, denn „aus den Fortschritten der Wissenschaften und den Erfahrungen der Technik ersehen wir deutlich, daß in den Lebewesen und in den Naturkräften eine wunderbare Ordnung herrscht, und auch, daß der Mensch gewürdigt wird, die Ordnung zu entdecken und geeignete Werkzeuge anzufertigen, um sich dieser Kräfte zu bemächtigen . . .“ In dieser neu entdeckten Ordnung offenbare sich die unendliche Größe Gottes, der alle Dinge und Menschen erschuf. Der Papst verrät nicht die Wurzel seines zuversichtlichen Glaubens an die Möglichkeit des Friedens, er zitiert nicht, daß Gott „alle Dinge in Christus zusammengefaßt“ hat (Eph. 1, 10), dem „Erstgeborenen vor aller Schöpfung“, in dem alles erschaffen worden ist (Kol. 1, 15—16). Denn er kann nicht erwarten, daß alle Menschen diese Botschaft hören. Wir aber sollten wissen, was den Glauben des Papstes an die Ordnung Gottes be-

stimmt, die sich auch in der verworrenen Wirklichkeit unserer Tage durchsetzt. Er ist das Gegenteil eines Fortschrittsoptimismus, und er lehnt den Irrtum ab, die Ordnung des Menschen könne nach den Gesetzen der vernunftlosen Kräfte und Elemente des Universums gelenkt werden (a. a. O., Nr. 6).

Die natürliche Ordnung der Menschen und Völker bedarf, unbeschadet räumlicher Notwendigkeiten und materieller Bedürfnisse, die nicht von sich aus zur Harmonie gelangen, geistiger Bindungen, die sich aus dem Wesen des Menschen ergeben. Da der Mensch zur Freiheit und Verantwortung berufen ist, muß sein Zusammenleben auf Wahrhaftigkeit, gegenseitiger Achtung, ja Vertrauen zum gegebenen Wort und letztlich auf Liebe beruhen, die schon als „Liebe zur Sache“ genügt, d. h. als realistische Einsicht in die gegebenen Möglichkeiten und unverletzlichen Lebensrechte des Einzelnen wie der Völker. Mit anderen Worten: als Sinn für Gerechtigkeit und damit Absage an jede Diskriminierung von Menschen und Völkern wegen ihres Glaubens oder der Rasse. Ohne solche Gerechtigkeit kein Frieden, er würde nur Beugung vor Gewalt sein, solange diese Gewalt ausreichende Macht besitzt, und zusammenbrechen, wenn sie erlahmt. Daher bedarf es unter den Menschen innerhalb eines Volkes wie auch unter den Völkern einer überragenden Autorität, die die geistigen Voraussetzungen des Friedens sichern kann.

3. In der Enzyklika *Pacem in terris* spielt wie je in päpstlichen Lehrschreiben zur Völkerordnung die Frage der Autorität eine entscheidende Rolle. Aber hier wird die Autorität nicht nur als staats- und völkerrechtlicher Grundsatz angemahnt, sondern aus dem Einblick in die konkrete Situation der dynamischen Gesellschaft. Sind schon soziale Werte wie gegenseitige Achtung, Vertrauen und Liebe, die den Frieden fördern sollen, nur wirksam, wenn sie in Menschen, Staatsmännern, Politikern, Wirtschafts- und Gewerkschaftsführern anschaulich werden, so daß das Gebet auch diese Männer einschließen kann, so gilt das besonders von der politischen Autorität. Es genügt nicht, durch Gesetze und Verfassungen zum Schutz des verantwortlich gewordenen Bürgers Ämter mit Autorität zu schaffen, wenn nicht die konkrete Autorität als Garant des Gemeinwohls durch Männer ausgeübt wird, die Vertrauen haben und Vertrauen verbreiten. Das gilt besonders in einem Staat, der eine Periode schrankenloser Gewalt- und Rechtlosigkeit abgelöst hat. Hier müssen verlorene Fairneß und mangelnder Gemeinsinn erst durch stetigen Aufbau einer Tradition wiederhergestellt werden. Der verstorbene Papst weist darauf hin, daß im modernen Gesellschaftsleben mit seinen neuen Problemen die bestehenden Rechtsbestimmungen oft nicht genügen und daher die leitenden Männer klare Vorstellungen über Wesen und Umfang ihrer Aufgaben haben müssen (Nr. 72). Dazu gehört auch in einem Volk, das einen mörderischen Verschleiß politisch-sittlicher Werte durchgemacht hat und zur Diffamierungssucht verleitet worden ist, daß die Verantwortlichen auf allen Stufen nicht mit Kampfmethoden parteipolitischer Diffamierung Ansätze einer sich bildenden Autorität rücksichtslos wieder untergraben. Auch christliche Persönlichkeiten und Öffentlichkeitsorgane sollten sich wohl fragen, ob hier nicht zuweilen am inneren Frieden — auch der Kirche — gesündigt wird.

Der Papst scheut sich nicht, die Notwendigkeit rechter Autorität auch über den Völkern anzumahnen, und fordert, sie mit genügender Macht auszustatten (Nr. 134). Punkt für Punkt zählt er auf, wo der Frieden zuerst ge-

übt werden müsse, ehe er zum Weltfrieden werden kann, z. B. in der Behandlung der Minderheiten, der Flüchtlinge, im Ausgleich zwischen Bevölkerung, Erträgen und Kapitalien, in der sachgemäßen Behandlung der Entwicklungsländer usw. Solle die sittliche Ordnung erhalten und gefestigt werden, so folge daraus zwingend, „daß eine universale politische Gewalt eingesetzt werden muß“ (Nr. 137), ohne die Rechte der Person und der Nation preiszugeben, d. h. ohne das Subsidiaritätsprinzip zu verletzen. Es ist nicht Sache der Gebetsmeinung, darüber nachzusinnen, ob diese Konzeption einen ausgereiften politischen Realismus bezeugt, sie sei nur erwähnt, um daran zu erweisen, daß die Gebetsmeinung selber jedenfalls nicht die Grenzen des Möglichen verläßt, wenn sie die Ausbreitung der Gesundheitskeime gegenseitiger Achtung, des Vertrauens und der Liebe unter den Völkern fördert. Was damit erreicht werden kann, hat Johannes XXIII. überzeugend dargestellt.

4. Nach sehr bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege können viele Gläubige beurteilen, warum das Friedensanliegen dieser Gebetsmeinung im Adventsmonat schlechthin vital ist, nicht nur für das Leben der Welt, auch für die Glaubwürdigkeit der Kirche in ihrem Dialog mit der Welt, den Papst Paul VI. in seiner Eröffnungsansprache zur Zweiten Session des Konzils skizziert hat (vgl. ds. Heft, S. 81). Eine bloße Deklamation von sittlichen Grundsätzen reicht nicht aus, um unserer Pflicht als Christen zu entsprechen, auch nicht die beliebten Resolutionen und Forderungen an andere. Christen sind vielmehr zu Vorleistungen verpflichtet, so wie Christus uns durch die unendliche Vorleistung des Kreuzesopfers den Zugang zum Heil geöffnet hat. Papst Johannes XXIII. war beherrscht vom Bewußtsein, Christen müssen als erste das Ihre tun, die Katholiken als allererste, voran aber der Papst, ehe die anderen folgen können. Daher seine Maßnahmen wirksamer Entspannung zunächst unter den Konfessionen, die Paul VI. nun durch neue eigene Vorleistungen fundamentierte.

Eine der fruchtbarsten Ursachen der Ökumenischen Bewegung wie der Gründung des Weltrates der Kirchen, gesegneten wohl als alle Bemühungen um seine ekklesiale Dignität, war die anhaltende Einsicht, daß Spaltung und Unfrieden unter den Christen wesentlich mit schuld sind an der Unordnung der Welt und daß dem Frieden auf die Dauer nur gedient werden kann, wenn der Friede und die Eintracht der Christen untereinander gesichert sind. Das aber liegt im Bereich unserer Möglichkeiten. Wer das letzte Jahrzehnt, vor allem das Pontifikat Johannes' XXIII., wachsam miterlebt hat, weiß nun wirklich aus Erfahrung, was getan werden kann und was in sichtbarer Führung durch den Heiligen Geist bereits geleistet worden ist.

Es muß aber mehr geschehen, nicht nur deshalb, weil analoge Versuche in der Weltpolitik unternommen werden, sondern vor allem, weil die Kirche in ihren zum Ökumenischen Konzil versammelten Hirten sich zu großen Anstrengungen aufgerafft hat. Papst Johannes XXIII. hat in den pastoralen Ermahnungen der Friedenszyklika viel dazu gesagt. Bedenken wir für das Gebetsanliegen das Wichtigste. Da heißt es, es genügt nicht, vom Glauben erleuchtet zu sein, der Christ muß sich auch in den Einrichtungen dieser Welt engagieren, er muß zu den Pionieren gehören und sich durch technisches Wissen und Können auszeichnen. Vor allem muß er den empfindlichsten Mangel abstellen, um den Zwiespalt zwischen Glauben und Leben zu schließen: er muß seine unzureichende Ausbildung in christlicher Lebensführung und christlicher Lehre

überwinden (Nr. 147—153). Denn gegenseitige Achtung, Vertrauen und Liebe (zur Sache) in dieser Welt verlangen ausreichende Kenntnisse und die sachliche Fähigkeit zur Verantwortung für den Frieden auf allen Stufen der menschlichen Gesellschaft. Um die Gläubigen wirksam dahin zu bringen, ist es nötig, mit den Worten eines bekannten französischen Weihbischofs zu sprechen, „daß wir Kleriker mit der Schwierigkeit fertig werden, die Laien überhaupt erst einmal zur Kenntnis zu nehmen“. Die Vorleistungen für den Frieden durch gegenseitige Achtung, Vertrauen und Liebe geschehen in absteigender Ordnung: Christus, Papst, Bischöfe, Priester und — Laien. Aber die Laien sollten nicht warten, bis die Pax zu ihnen kommt.

Daß durch die wirksame Missionstätigkeit der Kirche der Friede Christi allen Völkern gebracht werde. Missionsgebetsmeinung für Dezember 1963

Die Welt sehnt sich nach Frieden. Die Menschen wissen, welche furchtbaren Gefahren der Zustand des Nicht-Friedens, der ja noch nicht der offene Krieg zu sein braucht, für sie alle birgt. Daher mühen sich die Staatsmänner und Politiker fortgesetzt, die

Voraussetzungen des Friedens zu schaffen und zu stärken. Das gilt nicht nur angesichts der Zwiste, die sich aus dem alles überschattenden Antagonismus zwischen östlicher und westlicher Macht, den Wert- und Ordnungsvorstellungen der freien und kommunistischen Welt ergeben können, sondern auch für alle jene zahllosen Spannungsherde im Tiers Monde Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, und zwar nicht nur, weil offene und latente Konflikte innerhalb dieser Völker eine geordnete fruchtbare Entwicklung des sozialen Lebens gefährden oder gar zerstören, sondern weil heute, bedingt durch die umfassende Interdependenz alles politischen und sozialen Geschehens, der an sich räumlich begrenzte Konflikt immer dann zu einem umfassenden weltweiten zu werden droht, wenn eine der beiden Großmächte in solche nationale Konfliktsituationen aktiv eingreift und der Gegner dadurch herausgefordert erscheint. Korea, Kuba, Kongo — letzteres freilich in weit geringerem Maße — sind berechte Beispiele solcher Verkettung.

Aber auch da, wo der Zwangsmechanismus des kalten Krieges nicht ausgelöst wird und zum Ablaufen kommt, ist die Abwesenheit von Frieden und Ordnung für die von diesem Zustand Betroffenen eine schwere Last, eine harte Probe und oft genug Grund zum Zweifeln und zum Verzweifeln. Es sind in den asiatisch-afrikanischen Ländern vor allem drei Faktoren, die den Aufbau stabiler Ordnungen verzögern und den Frieden immer wieder gefährden:

der sogenannte Antikolonialismus, das heißt die Ablehnung alles dessen, was in den Augen der heute unabhängig Gewordenen die legitimen Freiheiten und gewachsenen Ordnungen in der Vergangenheit gemindert oder vernichtet hat, sowie die Ablehnung jener westlichen und östlichen Kräfte und der hinter ihnen stehenden Mentalitäten, die heute scheinbar oder wirklich die neugewonnene Souveränität bedrohen;

die Rivalitäten zwischen Stämmen und Völkern, die, von künstlich gezogenen Grenzen zusammengehalten, um Macht und Vorherrschaft in den neuen Staaten kämpfen; die Verführung der jungen Eliten zur Diktatur und zur Nachahmung von Staats- und Sozialgebilden, die als beispielhaft für erfolgreiche und rasche „Entwicklung“ angesehen werden, mit deren Hilfe wohl Macht entwickelt,

sichtbar und wirksam gemacht werden kann, in denen jedoch Freiheit und Recht zu Grabe getragen werden.

Beispiele für sogenannten Antikolonialismus haben die letzten fünfzehn Jahre genug gelehrt, und auch ihre furchtbaren Auswirkungen sind weithin bekannt geworden. Wir denken an den ehemaligen Belgischen Kongo, an Algerien, Guinea, aber auch an Indonesien und Burma, die Länder des Vorderen Orients, selbst Indien war zeitweilig von jener gefährlichen Krankheit betroffen. Gerechterweise muß freilich hinzugefügt werden, daß die Infiltrierung mit dem gefährlichen Bazillus häufig genug von außen erfolgte. Die Rassenkämpfe in der Südafrikanischen Union, aber auch in Rhodesien, ja selbst das tief verwurzelte Ressentiment der Lateinamerikaner gegenüber den „Yankees“ bezeugen das. Es ist hier nicht der Ort, die Frage nach der Schuld zu stellen, sondern nur festzuhalten, daß die jungen Völker Asiens und Afrikas, sofern sie unter der Krankheit des Antikolonialismus leiden, in ihrer sozialen Entwicklung schwerstens gehemmt, wenn nicht gefährdet sind, weil die dafür notwendige Befriedung der Geister fehlt.

Das gilt in ähnlicher Weise auch für die zweite Quelle des Unfriedens in jenen Ländern, diejenige, die aus der Rivalität zwischen den zu einer „Nation“ zusammengewürfelten Stämmen und Völkerschaften gespeist wird. Die Geschichte lehrt, daß das Zusammenwachsen von Menschen und Gruppen verschiedener Sprachen, Traditionen, Kulturen und Religionen zu einem nationalen Gebilde immer unter schmerzhaften Wehen und schweren Krisen vor sich geht, auch dann, wenn alle Beteiligten guten Willens sind. Der Wille allein reicht nicht immer aus, um die Gegensätze zu überbrücken. Es braucht auch Einsicht, Klugheit und Erfahrung sowie einen gewissen Grundstock an gemeinsamen, von allen respektierten Überzeugungen, ohne die keine Gesellschaft und kein Staat auf die Dauer leben können. In den Wirrnissen des Anfangs fehlen die staatstragenden Tugenden sehr häufig, oder sie sind nur mangelhaft entwickelt; ein Konsens über das, was dem neuen Staat frommt, stellt sich daher nur zögernd, in vielen Fällen gar nicht ein. Wir können hier nur die Kämpfe zwischen Shan und Kashin in Burma als Beispiel erwähnen. In Indonesien sind bis heute die Gegensätze zwischen Javanesen und Bornesen nur mühsam geglättet. In fast allen afrikanischen Staaten herrschen unterschwellig oder auch offen solche Rivalitäten: im Kongo, in Kamerun, Togo, Senegal, Dahomey, im Tschad (Sara), am schlimmsten in dem kleinen, zur Hälfte christlichen Rwanda, wo Mord und Totschlag unter den Hutu, Tutsi und Batwa nun schon seit 1959 wüten.

Es ist klar und den einheimischen Führern durchaus bewußt, daß Hader und Feindschaft, aus welchen Gründen auch immer, die „Entwicklung“ ihrer Länder hemmen. Je langsamer der Prozeß der Evolution vorangeht (was freilich nicht allein durch die genannten Rivalitäten bedingt ist), um so verführerischer wird der Gedanke, mit dem Schwerte der Diktatur alle die gordischen Knoten zu zerschlagen, die das Netz knüpfen, das den Weg zu Aufstieg und Macht sperrt. Statt geduldig zu entwirren, verlangt man rasche Tat. Schnell soll alles gehen, schnell sollen Hunger und Elend beseitigt sein, schnell Heterogenstes zusammengeschweißt werden, schnell nationale Größe und internationales Ansehen. „Schnell“ vermag jedoch nur Zwangsherrschaft, Diktatur, der Wille eines Mannes oder der einer Oligarchie zu handeln, wo allein Besonnenheit, Geduld und Rücksichtnahme gegenüber zahlreichen berechtigten Interessen am Platze wären, soll das Werk der